
1. Demokratisierung und Nachhaltigkeit

a. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Prioritäten der EU konsequent an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden und die EU verbindliche Maßnahmen beschließt, um die Ziele bis 2030 zu erreichen?

Ja. Für die UN-Nachhaltigkeitsziele braucht es dringend eine ambitionierte und EU-weit koordinierte Umsetzungsstrategie, denn nur so können die Ziele tatsächlich bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Die Prioritätensetzung der EU und der gesamte EU-Haushalt muss an den SDGs ausgerichtet werden. Wir wollen einen verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck für alle Haushaltslinien, Initiativen und Gesetze.

b. Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU verhindert progressive Politik. Werden Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat hinwirken, um die EU handlungsfähiger zu machen?

Ja. Die Einstimmigkeitsregel in Steuerfragen blockiert Fortschritte beim Kampf gegen Steuervermeidung von Konzernen und gehört deshalb abgeschafft. Entscheidungen im Mehrheitsverfahren haben die EU zum Standardsetzer und weltweiten Referenzpunkt für den Schutz von Umwelt, Verbraucher*innen und sozialen Rechten gemacht. Jetzt ist es an der Zeit, dass die EU auch beim Thema Steuergerechtigkeit die Führungsrolle übernimmt.

c. Werden Sie sich für die konsequentere Umsetzung der Aarhus-Konvention einsetzen und sich den Versuchen einiger Mitgliedstaaten entgegenstellen, öffentliche Partizipation besonders auch in Umweltfragen einzuschränken?

Ja. Für uns GRÜNE ist es außerordentlich wichtig, dass die Öffentlichkeit Zugang zu Informationen sowie die Möglichkeit hat, an Entscheidungsverfahren mitzuwirken. Wir haben uns in der aktuellen Legislaturperiode im Rahmen der legislativen Arbeit an der neuen Transparenzrichtlinie zur Risikobewertung in der Lebensmittelkette erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Zugang zu Informationen gemäß der Aarhus-Konvention nicht außer Kraft gesetzt wird.

2. Klima und Energie

Was wird Ihre Partei dafür tun, um die internationalen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten?

Der vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst auch bei uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet. Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt zum Beispiel, dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und

Landwirtschaftspolitik betreiben muss und ökologische Belange auch ins Zentrum von Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik stellt.

a. Werden Sie die Forderung nach einer treibhausgasneutralen EU bis spätestens 2050 unterstützen und einer entsprechenden nötigen Verschärfung des europäischen Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 zustimmen?

Ja. Um die Klimakrise einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad, zu begrenzen müssen die CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Klimaneutralität muss so schnell wie möglich und bis spätestens 2050 angestrebt werden.

b. Setzen Sie sich für einen effektiven und sozial gerechten CO₂--Mindestpreis ein?

Ja. Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen. Dieser Preis besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO₂-Emissionen geben, denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige Investitionsentscheidungen zu treffen. Zusätzlich muss die Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter reduziert werden. Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir eine grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen entsprechend ihres jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis kosten. Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die Verbraucher*innen zurückgeben.

c. Setzen Sie sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende für eine Reduktion des Flugverkehrs durch eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin und Flugtickets ein?

Ja. Wir GRÜNE finden, dass der Luftverkehr sich fairen Wettbewerbsbedingungen anpassen muss. Bisher wird Kerosin nicht besteuert und internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer. Zudem muss der internationale Flugverkehr endlich in den europäischen Emissionshandel der EU einbezogen werden, damit er seinen Beitrag zum Schutz der Atmosphäre leistet.

3. Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

a. Setzen Sie sich für verbindliche Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner*in sowie für fiskalpolitische Instrumente ein, z.B. eine Materialinputsteuer, um den absoluten Ressourcenverbrauch in der EU zu senken?

Die EU hat keine legale Kompetenz, um solche Reduktionsziele verbindlich vorzuschreiben. Dagegen setzen wir uns in der Tat für fiskalpolitische und andere marktwirtschaftliche Instrumente ein, um den Ressourcenverbrauch in der EU zu senken.

b. Setzen Sie sich gemäß der europäischen Abfallhierarchie für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung in der EU-Ökodesignrichtlinie ein?

Ja. Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis, verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige Produkte, die repariert und recycelt werden können. Deswegen wollen wir ein europäisches „Recht auf Reparatur“ schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig Ersatzteile anzubieten sowie Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern eine verbindliche europäische Regelung

gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten. Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling sicherstellt.

c. Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und für die Einführung von Verursacherabgaben einsetzen?

Ja. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften, wie beispielsweise jegliche Subventionierung von Kohleabbau und Nutzung wollen wir abschaffen. Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir abbauen und damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern.

4. Landwirtschaft

a. Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein, die die Leistungen einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft deutlich stärker honoriert, artgerechte Tierhaltung fördert und umweltschädliche Subventionen beendet?

Ja. Wir GRÜNE streiten für eine konsequente Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik und fordern, dass zukünftig alle Zahlungen an die Landwirtschaft an hohe Standards zu Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie Sozialstandards gebunden werden. Wir setzen uns für eine vielfältige Agrarstruktur mit lebendigen ländlichen Räumen und zukunftsfesten Betrieben ein. Dazu gehört, dass Landwirt*innen faire Preise aus einer nachhaltigen Erzeugung erzielen. Der ökologischen Landwirtschaft gilt als Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft.

b. Unterstützen Sie eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden?

Ja. Wir setzen uns für eine nachhaltige Landwirtschaft ein. Die ökologische Landwirtschaft verzichtet auf den Einsatz von Pflanzenschutzmittel, aber auch in der konventionellen Landwirtschaft könnte durch einen Fruchtwechsel, angepasste Sortenwahl oder mechanische Bodenbearbeitung ein großer Teil der Pflanzenschutzmittel eingespart werden. Wir fordern eine Risikobewertung der Pestizide, die nicht nur die Wirkstoffe, sondern auch die endgültigen Formulierungen und »Cocktaileffekt« beim Einsatz mehrerer Pflanzenschutzmittel überprüft. Außerdem müssen Bodenorganismen, und Umweltmedien wie Wasser in die Risikobewertung einbezogen werden.

c. Werden Sie für die Erhaltung des EU-Gentechnikrechts und die Regulierung neuer Gentechnikverfahren sorgen, um Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu gewährleisten?

Ja. Eine große Mehrheit der Bürger*innen in der EU sprechen sich gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft aus. Wir GRÜNE werden uns auch in Zukunft für gesetzliche Regelungen im Gentechnikrecht einsetzen. Das gilt auch für Neue Gentechniken. Sie sind biotechnologische Anwendungen mit enormer Eingriffstiefe und breiter Wirkung, die sich erst seit ein paar Jahren in der Entwicklung befinden. Gentechnisch in das Erbgut eingeführte Merkmale sollen an alle Nachkommen weitervererbt werden. Somit werden ganze Arten dauerhaft verändert.

5. Naturschutz und Biodiversität

a. Stehen Sie dafür ein, dass die EU mehr Anstrengungen unternimmt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und insbesondere der mangelnden Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie in den Mitgliedstaaten zu begegnen?

Ja. Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die den Schutz und die nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereint. Das Naturerbe der Menschheit ist unveräußerlich und muss für nachfolgende Generationen erhalten werden. Mit Natura 2000 haben wir ein hervorragendes Instrument, Naturräume vor Zubeetonierung, Zersiedelung und der Vernichtung von wichtigem Lebensraum von Pflanzen und Tieren zu bewahren. Wir kämpfen seit Jahren dafür, dass die EU-Mitgliedsländer dieses Instrument auch nutzen. Bislang ist die nationale Umsetzung ungenügend und wir werden dazu beitragen, dieses zu ändern.

b. Setzen Sie sich für die Erhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und deren vollständige Umsetzung in allen Mitgliedstaaten ein?

Ja. Gewässer haben einen zentralen Stellenwert im Ökosystem der Erde. Besonders die EU-Wasserrahmenrichtlinie hat dazu beigetragen, dass Grundwasser, Flüsse und Seen in den letzten Jahren sicherer geworden sind. Doch noch immer sind 60% der Oberflächengewässer in der EU in keinem „guten Zustand“. Maßnahmenprogramme werden oft nur mangelhaft umgesetzt und Ausnahmeregelungen exzessiv gebraucht. Es gilt, die Wasserrahmenrichtlinie konsequenter umzusetzen, u.a. durch eine stärkere Verpflichtung der Hauptverursacher, den von ihnen verursachten Schaden gerecht zu bezahlen.

c. Unterstützen Sie eine zweckgebundene Naturschutzfinanzierung in Höhe von 15 Milliarden Euro, um das Schutzgebietsnetz Natura 2000 und weitere biodiversitätssichernde Maßnahmen zu finanzieren?

Ja. Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen Ebenen personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden. Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir abbauen und damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern. Außerdem wollen wir transeuropäische grüne Korridore für Biotop vorantreiben und den Naturschutz besser finanzieren.

6. Umwelt und Gesundheit

a. Setzen Sie sich für eine strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und einer entsprechend konsequenten Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH ein?

Ja. REACH ist ein großer Erfolg für die Umwelt und die Verbraucher*innen. Die Umsetzung von REACH weist aber bislang erhebliche Defizite auf. Dazu gehören u.a. die schlechte Qualität der Daten, die die Hersteller einreichen sowie die bislang fehlende Übertragung der Beweislast auf die Industrie. Auch das Vorsorgeprinzip wird bislang nicht konsequent angewendet und die einzelnen REACH-Prozesse bislang unzureichend umgesetzt.

b. Engagieren Sie sich für eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen in verbrauchernahen Produkten?

Ja. Hormonschädliche Stoffe, wie Bisphenol A, müssen dringend aus dem Verkehr gezogen werden. Insbesondere müssen besonders empfindliche Bevölkerungsgruppen, wie Föten, Babys, Kinder und Jugendliche vor ihnen geschützt werden.

c. Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die eine für Mensch und Umwelt gefahrlose Wiederverwendung von Materialien ermöglicht?

Ja. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft machen wir uns gemäß dem Motto „Reduce, reuse, recycle“ dafür stark, dass keine toxischen Stoffe zum Einsatz und später in unsere Umwelt gelangen.